



**Grünes Wahlprogramm
für die StädteRegion Aachen 2014 – 2020**

„GRÜNE Vielfalt“

DIE STÄDTEREGION AACHEN - EINE REGION DER VIELFALT	1
Vorbild StädteRegion	2
BürgerInnen beteiligen	2
Vielfalt voranbringen	2
Geschlechtergerechtigkeit fördern	2
Mehr Teilzeit in Leitungsstellen ermöglichen	3
Unterstützungsbörse einrichten	3
Zusammenarbeit dies- und jenseits der Grenzen verstärken	3
Als Verwaltung sparen	3
DIE AKTIVE REGION	5
Regionale Wirtschaft	5
Beteiligungsgesellschaften sichern	5
Aufträge der Müllverbrennungsanlage transparent vergeben	5
Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren	6
Existenzgründungsoffensive	6
Industriearbeitsplätze sichern und schaffen	6
Tourismus und Kultur	7
Ländliche Gastronomie mit hofeigenen Produkten ermöglichen	7
Knotenpunktsystem für Wanderer entwickeln	7
Kulturangebote ausbauen	7
Moderne Mobilität	8
Den öffentlichen Nahverkehr weiter entwickeln	8
Elektromobilität vorantreiben	8
Fahrradfahren fördern	8
Straßen intelligent ausgestalten	9
DIE NACHHALTIGE REGION	10
Die GRÜNE Energiewende	10
Sonnenenergie weiter ausbauen	10
Gemeindeübergreifende Planung neuer Windkraftanlagen anregen	10
Umweltfreundliche Speichertechniken fördern	10
Nutzung von Biomasse ausbauen	11
Klärschlamm vergären und zur Energieerzeugung nutzen	11
Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen weiter fördern	11
Effizient heizen durch gute Wärmedämmung	11
Fracking verhindern und Tihange abschalten!	11
Grenzübergreifender Umwelt- und Naturschutz	12
Landschaftspläne umsetzen und die biologische Station unterstützen	12
Natur- und Naherholungsgebiete erhalten	12
Mehr Blühflächen ermöglichen	12
Dachbegrünung auf Gebäuden vorantreiben	13
Mehr „Wunderkisten“ aufstellen	13
Grenzüberschreitenden Nationalpark Eifel-Ardennen anregen	13
DIE BILDUNGSREGION	14

Chancengerechtigkeit für Kinder und Jugendliche schaffen	14
Kindergarten ausbauen	14
Schule als Lebensraum verwirklichen	14
Inklusion an Schulen behutsam weiter entwickeln	15
Kulturelle Vielfalt an Schulen gestalten	15
Bildungsbüro unterstützen	15
DIE SOZIALE REGION	16
Inklusion als Teilhabe umsetzen	16
Inklusion in Kindergärten weiter umsetzen	16
Beschäftigungsperspektiven schaffen	16
Zuwanderung gestalten	17
Kulturelle Vielfalt in die Öffentlichkeit tragen	17
Einbürgerung möglich machen	17
Rechtsextremismus entgegentreten	17
Dem demographischen Wandel Rechnung tragen	18
Pflege weiter entwickeln	18
In der Altenpflege kulturell sensibilisieren	18
Beratungsangebote für SeniorInnen schaffen	19
Neue Wohnformen fördern	19

Die StädteRegion Aachen - eine Region der Vielfalt

Die StädteRegion Aachen, mitten in Europa, ist eine bunte und vielfältige Region. Von der „wilden“ Eifel über die historische Kaiserstadt und moderne Wissenschaftsstadt Aachen bis zu den alten Industrieregionen des „Aachener Reviers“ ist die StädteRegion Heimat für mehr als eine halbe Million Menschen. Wir GRÜNE wollen eine vielfältige StädteRegion, in der sich alle wohl fühlen, unabhängig von Geschlecht, Nationalität, Herkunft, Religion, Behinderung, Alter, sexueller Orientierung usw. Gegenseitige Toleranz und soziale Gerechtigkeit sind die Leitbilder unserer Politik.

In den letzten fünf Jahren haben wir, Politik und Verwaltung, ein Zukunftsprogramm für die StädteRegion erarbeitet, das die vielfältigen Angebote und Aufgaben der StädteRegion Aachen für ihre BürgerInnen zum Ausdruck bringt. In diesem Zukunftsprogramm mit seinen vier Leitthemen finden sich die Schwerpunkte unserer GRÜNEN Politik wieder, die wir in vielen Jahren GRÜNER Mehrheitsbeteiligung im Kreis Aachen und in der StädteRegion etabliert haben:

- **Aktive Region**
Wir setzen uns für interkommunale Zusammenarbeit in der Wirtschaftsförderung ein. Wir wollen den naturnahen Tourismus zur Stärkung der Anziehungskraft unserer Region ausbauen und die kulturelle Lebensqualität erhöhen. Eine moderne und umweltfreundliche Mobilität ist für uns selbstverständlich.
- **Nachhaltige Region**
Wir wollen den nachkommenden Generationen unsere natürlichen Lebensgrundlagen bewahren. Deshalb muss die Politik in der StädteRegion darauf ausgerichtet sein, den Natur- und Klimaschutz voran zu treiben. Um diese Ziele zu erreichen, wollen wir unsere Region zu einer Vorreiterin in Sachen Energiewende machen.
- **Bildungs-Region**
Gute Bildung ist die Grundlage für eine zukunftsfähige Entwicklung. Wir wollen allen Kindern und Jugendlichen eine gute Bildung bieten. Unser Augenmerk gilt dabei insbesondere den sozial und wirtschaftlich Benachteiligten. Wir stehen für eine koordinierte und enge Zusammenarbeit aller Bildungspartner.
- **Soziale Region**
Wir stehen dafür, dass die Sozialpolitik nicht vernachlässigt wird und soziale Gerechtigkeit für die Schwächeren auf der Tagesordnung bleibt. Wir stehen für ein solidarisches Miteinander, wollen Inklusion umsetzen und Zuwanderung gestalten. Wir wollen in einer weltoffenen und toleranten Region leben, in der Rassismus und Fremdenfeindlichkeit keinen Platz haben. Wir nehmen die Bewältigung des demographischen Wandels als Zukunftsaufgabe wahr und wollen mit unserer Politik einen Beitrag dazu leisten.

Mit unserem Wahlprogramm füllen wir diese Leitbilder mit Leben und stellen unsere Ideen und Projekte zur Weiterentwicklung der StädteRegion vor.

Vorbild StädteRegion

Das Handeln von Politik und Verwaltung in der StädteRegion muss heute und in Zukunft mehr denn je die Bedürfnisse der Gesellschaft nach Beteiligung und Mitsprache berücksichtigen. Als Spiegel der Gesellschaft müssen sich alle Gruppen hier wiederfinden. Unsere Verwaltung muss in Sachen gleichberechtigter Teilhabe eine Vorbildfunktion übernehmen und mit gutem Beispiel vorangehen. Das wollen wir, indem wir politische Mitsprache ermöglichen, Vielfalt voranbringen, Frauen fördern, neue Arbeitsmodelle in Führungspositionen einführen und die (grenzüberschreitende) Zusammenarbeit ausbauen.

BürgerInnen beteiligen

Wirkliche Beteiligung der BürgerInnen ist uns wichtig und eine sinnvolle Ergänzung für unsere repräsentative Demokratie. In der StädteRegion werden wir die BürgerInnenbeteiligung konsequent weiter ausbauen, indem wir:

- die bürgerschaftlichen Beteiligungsformen, wie z.B. das **Bürgerforum** zu einer echten Mitmach-Plattform weiter entwickeln.
- die Koordinationsstelle **Jugendpartizipation** des Bildungsbüros in Kooperation mit den anderen Jugendämtern der StädteRegion finanziell sichern und weiter entwickeln. Diese Koordinierungsstelle hat in den letzten Jahren durch die intensive Mitarbeit junger Menschen im FJP (Freiwilliges Jahr im politischen Leben) Veranstaltungen, wie z.B. „Was geht“ oder „Das geht“, passgenau für Kinder und Jugendliche entwickelt und durchgeführt.
- die Arbeit des neuen **Inklusionsbeirates** unterstützen, in dem Menschen mit Behinderung und ihre Verbände die Möglichkeit zur politischen Teilhabe haben. Dort können sie mitbestimmen, wie die Maßnahmen des 2013 erarbeiteten Inklusionsplans umgesetzt werden sollen.
- die Konzeption und Aufgabenstellung des neu eingerichteten **Kommunalen Integrationszentrums** fördern und eine intensivere Beteiligung von BürgerInnen mit Zuwanderungsgeschichte unterstützen.

Vielfalt voranbringen

Wir GRÜNE setzen die „Charta der Vielfalt“ der Vereinten Nationen um und möchten die Vielfalt in der Verwaltung voranbringen. Jeweils vor Beginn der Bewerbungsfrist für neue Auszubildende soll weiterhin bei Migrantenselbstorganisationen und in den Integrationsräten offensiv für eine Bewerbung geworben werden. Unsere Verwaltung muss hier weiterhin mit gutem Beispiel vorangehen. Auf diesem Wege wollen wir mehr Beschäftigte mit Migrationshintergrund in der Verwaltung und im öffentlichen Dienst gewinnen.

Geschlechtergerechtigkeit fördern

Die StädteRegion ist mit einem eigenen Betriebskindergarten, flexiblen Arbeitszeiten und Homeoffice familienfreundlich aufgestellt. Die StädteRegion soll als Vorbild für Chancengerechtigkeit und Frauenförderung anderen Kommunen voran gehen. Wir wollen:

- dass sich unsere Verwaltung an den Zielen des „Total E - Quality Prädikats“ orientiert. “ Dieses Prädikat ist eine Auszeichnung für Verwaltungen, Firmen und Verbände, die sich in ihrer Personalführung beispielhaft an Chancengleichheit ausrichten. Es enthält Ziele der beruflichen Förderung und Weiterbildung von Frauen in Politik und Verwaltung.
- dass gleiches Geld für gleiche Arbeit gezahlt wird und die Entgeltgerechtigkeit in der StädteRegion überprüfen.

- als GRÜNE Fraktion mit gutem Beispiel voran gehen und alle unsere Mandate in Aufsichtsgremien der kommunalen Beteiligungsunternehmen in ihrer Gesamtheit mit mindestens 50% Frauen besetzen. Darüber hinaus fordern wir die anderen Fraktionen im StädteRegionstag auf, unserem Beispiel zu folgen. Der jeweilige Frauenanteil soll dann tabellarisch veröffentlicht werden.
- das FrauenNetzwerk StädteRegion Aachen unterstützen.

Mehr Teilzeit in Leitungsstellen ermöglichen

Teilzeit findet meistens auf den unteren Hierarchieebenen statt – und wird meistens von Frauen wahrgenommen. Viele Frauen und Männer, auch in Leitungspositionen, wollen in Teilzeit arbeiten. Unsere Verwaltung und die Beteiligungsgesellschaften sollen beispielgebend voran gehen. Wir wollen die Arbeitskultur unserer Verwaltung verändern und fordern, dass die Leitungspositionen unserer Verwaltung und Beteiligungsgesellschaften für Teilzeit geöffnet werden.

Unterstützungs Börse einrichten

Menschen mit Behinderungen sind häufig auf Hilfe anderer Personen angewiesen. Die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben kann verbessert werden, wenn Menschen, die Hilfe benötigen, nicht immer auf ihr direktes Umfeld angewiesen sind. Um hier die Möglichkeiten zu erweitern, möchten wir den Internetauftritt der StädteRegion um eine Unterstützungs Börse erweitern. In einer solchen Börse können sich Menschen, die Hilfe oder Begleitung in konkreten Situationen benötigen, und Menschen, die diese (gegen Bezahlung) anbieten möchten, begegnen.

Zusammenarbeit dies- und jenseits der Grenzen verstärken

Eine zukunftsweisende Politik in der StädteRegion ist nur möglich, wenn wir über die Grenzen von Kommunen und Ländern hinaus blicken. Wir GRÜNE wollen in den nächsten Jahren:

- die gute Zusammenarbeit mit den regionsangehörigen Kommunen intensivieren. Das Modell der „freiwilligen Beteiligung“ der Städte und Gemeinden hat sich bereits bei der Bildungszugabe und der Förderung des Vereins für allgemeine und berufliche Weiterbildung (VABW) bewährt, und wir wollen es auch in der kommenden Wahlperiode beibehalten.
- die „Innovationsregion Rheinisches Revier“ unterstützen. Wir wollen hier eine schlanke, arbeitsfähige Gesellschaftsform einrichten, die weitestgehend auf die vorhandenen Ressourcen (wie z.B. Zweckverband Region Aachen, Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern etc.) zurückgreift.
- den neu gegründeten Zweckverband „Region Aachen“ kritisch positiv weiter entwickeln. Dabei ist für uns das Subsidiaritätsprinzip sehr wichtig. Der Zweckverband soll nur die Aufgaben übernehmen, die regional besser zu erledigen sind. Die anderen Aufgaben sollen bei den Kommunen verbleiben.
- die Zusammenarbeit mit unseren niederländischen und belgischen Partnern in der „AG Charlemagne“ intensivieren. Hier sollen konkrete Fragen und Probleme des Zusammenlebens im „Dreiländereck“ bearbeitet und gelöst werden. Dabei ist eine Einbindung der politischen Gremien der drei Länder mit Beratungs- und Entscheidungskompetenzen für uns unverzichtbar.

Als Verwaltung sparen

Fast 600 Mio. € gibt die StädteRegion jährlich zur Erfüllung ihrer Aufgaben aus, Tendenz steigend. Ursache für die Steigerung sind vor allem die anwachsenden Ausgaben im Sozialbereich, die mit fast 400 Mio. € rund zwei Drittel des Haushalts ausmachen. Sogenannte „freiwillige Aufgaben“, die wir nicht aufgrund gesetzlicher Vorschriften wahrnehmen müssen, machen mit knapp 8 Mio. € nur etwas mehr als 1% des Haushalts-

volumens aus. Mit etwas mehr als 300 Mio. € tragen die Städte und Gemeinden der Region die Hauptlast an diesen Ausgaben. Doch die finanzielle Situation unserer Kommunen ist schlecht. Wir wollen daher:

- die bisher realisierten „Synergieeffekte“ der StädteRegion in Höhe von mehr als 3 Mio. € pro Jahr weiter steigern.
- die noch vorhandene „Ausgleichsrücklage“ (10 Mio. €) zugunsten der Kommunen auflösen, was aber eine weitere Verschuldung in gleicher Höhe bedeutet.
- den Korridor der freiwilligen Ausgaben beibehalten bzw. nur im Konsens mit den Kommunen weiter ausbauen.
- einen Anstieg der Ausgaben durch sparsame Haushaltsführung bei den Personal- und Sachkosten vermeiden.

Aber alle Anstrengungen auf unserer Ebene werden vergebens sein, wenn Bund und Land, wie in der Vergangenheit, immer neue Wohltaten zu Lasten der Kreise, Städte und Gemeinden einführen.

Deshalb fordern wir Bund und Land auf:

- eine echte Finanzreform zu Gunsten der kommunalen Ebene durchzuführen.
- das Konnexitätsprinzip („wer bestellt, zahlt“) bei neuen Aufgaben strikt einzuhalten.

Die aktive Region

Die StädteRegion Aachen steht vor großen Herausforderungen, und sie verfügte über ein großes Potenzial, diese Herausforderungen zu meistern. Wirtschaftlich werden wir in den kommenden Jahren und Jahrzehnten den dritten massiven Strukturwandel bestehen müssen. Nach dem Ende der Steinkohle und dem Verlust tausender Arbeitsplätze in der Industrie wird in absehbarer Zeit das Ende des Braunkohletagebaus erneut den Arbeitsmarkt belasten. Darüber hinaus wird die Änderung in der Bevölkerungsstruktur durch den demographischen Wandel auch unsere Region betreffen. Zwar wird die StädteRegion insgesamt voraussichtlich keinen Bevölkerungsrückgang verzeichnen, aber in den einzelnen Kommunen werden sehr unterschiedliche Entwicklungen prognostiziert.

Wir müssen unsere Region für diese Aufgaben der Zukunft fit machen. Mit den Hochschulen und den Forschungsinstituten auf der einen Seite, den noch bestehenden mittleren Industriebetrieben und den vielfältigen Handwerks- und Dienstleistungsunternehmen auf der anderen Seite kann die StädteRegion eine Vorreiterrolle bei der Entwicklung moderner Technik, auch und insbesondere im Energiesektor werden.

Hinzu kommen die touristischen Highlights unserer Region. Von der Eifel über die Industriedenkmäler, Schlösser und Burgen bis zum Weltkulturerbe der Kaiserstadt Aachen ziehen sie Jahr für Jahr Hunderttausende von Gästen in unsere Städte und Gemeinden. Gemeinsam mit den unterschiedlichsten kulturellen Angeboten präsentiert sich die StädteRegion als lebenswerte und aufgeschlossene Region, die für eine moderne und umweltfreundliche Mobilität steht.

Regionale Wirtschaft

Regional wirtschaften schafft Nähe und Transparenz, spart Transportwege und stellt ortsnahe, sichere Arbeitsplätze bereit. Regionale Wachstumsmöglichkeiten sehen wir vor allem im Handwerk (z.B. durch die Energiewende), im Dienstleistungsgewerbe und im Tourismus. Auch die StädteRegion selber, die öffentliche Hand, kann ihre eigene Nachfrage verantwortungsvoll steuern und einen Beitrag zur regionalen Wirtschaft leisten. Mit den folgenden Projekten möchten wir unsere regionale Wirtschaft sichern und stärken.

Beteiligungsgesellschaften sichern

Energieversorgung, Abfallentsorgung, Wirtschaftsförderung, Krankenhaus, Sparkasse und mehr – die StädteRegion ist Gesellschafterin in mehreren kommunalen Unternehmen. Wir wollen, dass diese Unternehmen in öffentlicher Hand bleiben. Und dort, wo die kommunale Seite nicht die Mehrheit hat, wollen wir uns dafür einsetzen, dass es diese Mehrheit zukünftig wieder gibt. Nur so ist gewährleistet, dass bei diesen Unternehmen mit Aufgaben der Daseinsvorsorge das Wohl der BürgerInnen im Vordergrund steht und nicht der kurzfristige Gewinn.

Aufträge der Müllverbrennungsanlage transparent vergeben

Im Jahr 2014 müssen wir die Weichen für den Weiterbetrieb der Müllverbrennungsanlage (MVA) in Weisweiler nach 2017 stellen. Wir wollen bessere Bedingungen für unsere Abfallwirtschaft erreichen und die Übervorteilung durch RWE beenden. Denn bei der bisherigen Vertragsgestaltung hat RWE ungerechtfertigte Vorteile auf Kosten der GebührenzahlerInnen erzielt. Deshalb wollen wir jetzt den Vertrag mit RWE kündigen. Künftig sollen die Aufträge zur Müllverbrennung in einem transparenten Verfahren ausgeschrieben werden. Zudem soll alles, was nicht wiederverwertet werden kann, ohne weitere Transportwege in der Region entsorgt werden. Wir stehen für eine nachhaltige und gleichzeitig kosteneffiziente Abfallentsorgung in der Region.

Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren

Die bestehenden bundesrechtlichen Regelungen und Instrumente zur Arbeitsmarktintegration sind viel zu selten auf einen nachhaltigen Vermittlungserfolg ausgelegt. Viele Personen haben Vermittlungshemmnisse. Sie werden in kurzfristige Weiterbildungsmaßnahmen gesteckt, anstatt sie in Beschäftigungsverhältnisse zu vermitteln. Wir fordern von der Bundesregierung in Berlin und der Agentur für Arbeit in Nürnberg die Regelungen flexibler, offener und bedarfsgerechter zu gestalten. Darüber hinaus wollen wir für unsere Region:

- bestehende Projekte öffentlich geförderter Beschäftigungsverhältnisse für Langzeitarbeitslose unterstützen sowie die Träger bei der Schaffung neuer Projekte bestärken.
- Jobcenter bzw. Trägerkonferenz auffordern, die Spielräume des rechtlichen Rahmens so weit wie möglich auszuschöpfen.
- Mittel des Europäischen Sozialfonds in der neuen Förderphase auch für öffentlich geförderte Beschäftigungsprojekte nutzen.

Existenzgründungsoffensive

Es gibt zwar schon eine Reihe von Initiativen zur Förderung von ExistenzgründerInnen in der StädteRegion (ACQuadrat, Gründerregion, etc.), aber diese werden vor allem von technologisch orientierten Hochschulabsolventen genutzt. Es gibt zu wenige Gründungen in nichttechnischen oder handwerklichen Bereichen. Wir wollen die bestehenden Wettbewerbe unterstützen und auf weitere Berufsfelder ausweiten. Gemeinsam mit den Kammern und der Wirtschaftsförderungsgesellschaft wollen wir ein Konzept entwickeln, wie mehr Existenzgründungen erreicht werden können. Damit sollen mehr Arbeitsplätze geschaffen werden.

Industriearbeitsplätze sichern und schaffen

Moderne, umweltfreundliche und energieeffiziente Industriebetriebe sind zur Sicherung unseres Wirtschaftsstandorts unverzichtbar. Die erfolgreiche Ansiedlung der Produktion des „Streetscooters“ zeigt, dass eine nachhaltige industrielle Entwicklung in der Region möglich ist. So kann das an den Hochschulen entwickelte technische „KnowHow“ in der Region umgesetzt werden. Wir unterstützen daher den begonnenen „Industriedialog“.

Tourismus und Kultur

Das Übernachtungsgewerbe, die Gastronomie, der Handel und die Anbieter touristischer Dienstleistungen profitieren von den Urlaubsgästen. Hier entstehen ortsnahe, sichere Arbeitsplätze, die für die Region von Vorteil sind. Für uns GRÜNE ist wichtig, dass der Tourismus nachhaltig und umweltverträglich gestaltet wird, weshalb wir auch den öffentlichen Nahverkehr so ausbauen wollen, dass touristische Ziele damit erreichbar sind (siehe Mobilität). Die Entwicklung attraktiver und naturnaher Freizeitziele ist darüber hinaus als „weicher Faktor“ für die Ansiedlung von Betrieben und ihrer MitarbeiterInnen ein wichtiges Kriterium. Kultur ist eine Errungenschaft menschlicher Zivilisation und trägt zur Lebensqualität bei. Wir GRÜNE wollen mit folgenden Projekten den Tourismus und die Kultur in unserer Region weiter fördern:

Ländliche Gastronomie mit hofeigenen Produkten ermöglichen

Radfahren und Wandern sind unsere Schwerpunkte bei der Tourismusförderung in der Region. Zur Ergänzung der gastronomischen Angebote im ländlichen Bereich fordern wir erleichterte Rahmenbedingungen für die Einrichtung so genannter „Straußenwirtschaften“, in denen für einen begrenzten Zeitraum im Jahr auch hofeigene Produkte, Speisen und Getränke ausgegeben werden dürfen.

Knotenpunktsystem für Wanderer entwickeln

Das Knotenpunktsystem für Radfahrer im alten Kreis Aachen ist ein Erfolgsmodell. Es ist einfach in der Handhabung und hilft auch Menschen mit Einschränkungen, sich leicht zu orientieren. Analog zu dem belgischen Modell soll die StädteRegion auch ein Knotenpunktsystem für Wanderer und FußgängerInnen entwickeln, das auch im Freizeitbereich aufgrund der einfachen Wegweisung die Teilhabe erleichtert.

Kulturangebote ausbauen

Kultur stiftet Identität, sowohl die „Kultur im engeren Sinne“, also Kunst, Theater, Literatur etc. als auch die „Kultur des Zusammenlebens“, das bürgerliche Engagement, die Toleranz und alle Formen des Miteinanders. Kunst und Kultur für ein breites Publikum anzubieten, das ist die Zielsetzung der künstlerisch-kulturellen Angebote der StädteRegion. Mit dem Grenzlandtheater, dem Kinder- und Jugendtheater „Greta“, dem „Kunst- und Kulturzentrum“ in Monschau und dem Kulturfestival der StädteRegion hat die StädteRegion in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten ein erfolgreiches, vielfältiges Kulturprogramm aufgebaut, das allen Menschen etwas anbietet. Wir GRÜNE wollen diese Angebote nicht nur erhalten, sondern weiter ausbauen. Gesellschaftliche Kultur braucht das bürgerschaftliche Engagement, das Mit- und Füreinander aller Bürgerinnen und Bürger. Ehrenamt braucht Unterstützung, durch Zuschüsse an Vereine und Initiativen, durch Anerkennung in Rahmen von Preisen und Auszeichnungen, durch Unterstützung von Seiten der Verwaltung. Wir GRÜNE wollen das Engagement der StädteRegion im Bereich der Förderung des Ehrenamts beibehalten und weiterentwickeln, etwa durch die Einrichtung einer städteregionsweiten „Ehrenamtsbörse“.

Moderne Mobilität

Die meisten täglichen Wege sind so kurz, dass sie zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurückgelegt werden können. Dort, wo Mobilität über größere Entfernungen hinweg notwendig ist, sind Alternativen gefragt, die aber nicht zwangsläufig ein eigenes Auto voraussetzen sollten. Wir setzen uns für einen verbesserten öffentlichen Nahverkehr ein und wollen, dass das Fahrrad noch mehr Bedeutung als umweltfreundliches Verkehrsmittel gewinnt. Wir wissen aber auch, dass es manchmal nicht ohne Auto geht. Hier bieten Fahrzeuge mit Elektroantrieb eine sinnvolle Alternative.

Den öffentlichen Nahverkehr weiter entwickeln

Ein attraktiver öffentlicher Nahverkehr (ÖPNV) zeichnet sich durch ein dichtes Haltestellen- und Liniennetz, komfortable Umsteigemöglichkeiten, günstige Tarife und einfache Bezahlweisen aus. Wir wollen den öffentlichen und euregionalen Nahverkehr im Aachener Verkehrs Verbund (AVV) unter anderem durch folgende Maßnahmen weiter entwickeln, indem wir:

- den schienengebundenen Nahverkehr (u.a. die Euregiobahn) weiter ausbauen.
- den Ausbau des dritten Gleises zwischen Aachen und Köln weiterhin fordern.
- fordern, dass die Bahn den ICE-Halt in Aachen belässt bzw. erweitert.
- schnelle Busverbindungen zwischen ländlichen Regionen und der Stadt Aachen unterstützen. In der Stadt Aachen wird eine Reduzierung der Feinstaubbelastung ohne die attraktive Erreichbarkeit des Oberzentrums mit Bus und Bahn als Alternative zum Autoindividualverkehr nicht möglich sein. Wo es keinen Schienenverkehr gibt, müssen regionale Schnellbuslinien die fehlenden schnellen Bahnverbindungen ersetzen.
- die touristischen Ziele mit dem öffentlichen Nahverkehr erreichbar machen. Denn zu einem nachhaltig gestalteten Tourismus gehört, dass unsere Gäste mit öffentlichen Verkehrsmitteln anreisen und auch während ihres Urlaubaufenthalts hier vor Ort mit dem ÖPNV ausreichend mobil sind.
- den Taktverkehr zwischen Bahn und Bus stetig überprüfen und an die neuen Erfordernisse anpassen.
- das Job-Ticket durch intensive Bewerbung bei Unternehmen verbreiten
- das Mobilticket zum Gesamt-AVV-Ticket weiter entwickeln sowie die Bezugsvoraussetzungen prüfen.

Elektromobilität vorantreiben

Wir wollen Radfahren komfortabler und attraktiver machen und dabei auch dem Trend zu Pedelecs und E-Bikes gerecht werden. Hier hat sich die Elektromobilität schon gut etabliert. PKW mit Elektroantrieb folgen langsam diesem Trend. Der Streetscooter, an der RWTH entwickelt und in der Region gebaut, ist ein gutes Beispiel für die mögliche Zusammenarbeit von Hochschule und Industrie. Wir wollen erreichen, dass unsere Region eine Vorreiterrolle für Forschung, Herstellung und Einsatz elektrisch betriebener Fahrzeuge wird. Die beabsichtigte Anschaffung von zehn Streetscootern für die Verwaltung der StädteRegion, um die benzin- und dieselbetriebenen Dienstwagen abzulösen, kann dabei nur der Anfang sein.

Fahrradfahren fördern

In den vergangenen Jahren haben wir GRÜNE uns erfolgreich für den Ausbau und die Optimierung des Radwegenetzes eingesetzt. Der Beschluss zur Mitgliedschaft der StädteRegion in der Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Kommunen in NRW wurde 2013 erneuert. Der Vennbahnradweg Aachen-Belgien-Luxemburg wurde im Sommer 2013 eröffnet. Weitere Maßnahmen zur Förderung sowohl des touristischen

als auch des alltäglichen Radverkehrs wurden auf den Weg gebracht bzw. umgesetzt, z.B. Radwege an Kreisstraßen wie der K34.

Die Zusage des Landes, den geplanten Schnellradweg Aachen-Heerlen zu fördern, begrüßen wir. Damit profilieren wir die Region nicht nur als Region des sanften Tourismus' und des Radtourismus', sondern schaffen auch ein attraktives Angebot, um Berufspendler zu motivieren, mit dem Rad schnell, komfortabel und steigungsarm zum Arbeitsplatz zu kommen. Wer mit dem Fahrrad fährt, tut nicht nur etwas für die Umwelt, sondern auch für die eigene Gesundheit und das eigene Wohlbefinden. Wir GRÜNE haben uns zum Ziel gesetzt, die StädteRegion als attraktive Fahrrad-Region zu etablieren. Um das Fahrradfahren in der Region zu fördern, wollen wir:

- den Bau des Schnellradwegs Aachen - Heerlen.
- den zügigen Ausbau des Premium-Radwegs Aachen-Jülich.
- den Ausbau qualitativ hochwertiger Radwege in der StädteRegion mit dem Ziel, weitere Pendler-Radwegenetze zu schaffen.
- den Ausbau der Vennbahn als „Vier-Sterne-Radweg“.
- die Instandsetzung und Erweiterung der Fahrradwege an Kreisstraßen.
- den Ausbau der Infrastruktur an den Radrouten, um den Fahrradtourismus in der Region zu fördern.

Straßen intelligent ausgestalten

Die StädteRegion Aachen ist eine Region der Pendler. Fast einhunderttausend Menschen fahren jeden Tag zur Arbeit oder zur Schule in eine andere Stadt oder Gemeinde der StädteRegion. Vor allem das Oberzentrum Aachen mit rund 50.000 Einpendlern ist stark nachgefragt. Um Staus vor den Ampeln zu vermeiden, wollen wir in erster Linie auf eine Verbesserung und Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Personennahverkehrs setzen. Wo das nicht ausreicht, streben wir intelligente Lösungen bei der Ausgestaltung und Er-tüchtigung der vorhandenen Straßen an, die im regionalen Konsens mit den Kommunen erarbeitet werden müssen.

Die unbefriedigende Verkehrssituation auf der Monschauer Straße (B258) mit langen Autoschlagen vor den Ampeln zwischen Oberforstbach Pascalstraße und der Autobahnauffahrt Lichtenbusch kann durch eine Optimierung dieses Nadelöhrs deutlich entspannt werden. Beispiele einer solchen Optimierung wären eine Umgestaltung der Kreuzungen auch für die Linksabbieger oder eine dritte Fahrspur mit wechselnden Richtungen. Ein dreispuriger Ausbau auf der gesamten Strecke der Monschauer Straße kommt für uns nicht in Frage.

Die nachhaltige Region

Um unsere Region nachhaltig zu gestalten, setzen wir uns durch zahlreiche Projekte für das Ziel 100% erneuerbare Energien und Energieeffizienz ein, ebenso für einen grenzübergreifenden Umwelt- und Naturschutz.

Die GRÜNE Energiewende

Die Energiewende ist ein großer „Arbeitgeber“. Der Ausbau der erneuerbaren Energien und die Sanierung unseres Gebäudebestands schaffen Arbeitsplätze in zukunftsfähigen Branchen und im heimischen Handwerk. Unser Ziel ist eine energieautonome StädteRegion, deren Strom zu 100% aus regenerativen Energiequellen gespeist wird. Auf dem Weg zu diesem Ziel haben wir in den vergangenen Jahren viel erreicht. Wir haben ein Förderprogramm für regenerative Energien initiiert, und auch das Integrierte Klimaschutzkonzept (IKSK) der StädteRegion ist maßgeblich auf GRÜNE Initiative hin zustande gekommen.

Zahlreiche Projekte zur Nutzung erneuerbarer Energien und zum Energieeinsparen haben wir schon auf den Weg gebracht. Zum Beispiel haben wir an städteregionalen Gebäuden den Energieverbrauch und den CO₂-Ausstoß deutlich reduziert. Solche und weitere Maßnahmen des Klimaschutzkonzepts wollen wir weiter umsetzen. Denn aktiver Klimaschutz hilft nicht nur dem Klima, sondern auch den Finanzen der StädteRegion und jedes/r einzelnen.

Kohle, Öl und Gas sind endliche Rohstoffe. Ihre Preise steigen unaufhörlich. Erdgas wurde in den letzten zehn Jahren um rund 50% teurer, der Preis für Heizöl stieg sogar um mehr als 150%. Wir wollen die Kosten des privaten Energieverbrauchs senken, indem wir die privaten Haushalte bei der eigenständigen Energieerzeugung und bei Energiesparmaßnahmen unterstützen. Wir setzen uns für eine erneuerbare und energieeffiziente StädteRegion ein und wollen die folgenden Projekte voran bringen:

Sonnenenergie weiter ausbauen

Dank sinkender Solarmodulpreise ist es inzwischen sowohl für gewerbliche Unternehmen als auch für Privatpersonen günstiger, den Strom aus der eigenen Solaranlage selbst zu verbrauchen und nur den Restbedarf dazu zu kaufen, statt teuren Strom von Versorgungsunternehmen zu beziehen. Heute ist Solarstrom auch konkurrenzfähig gegenüber Strom aus fossilen Brennstoffen. Um die Kosten des Eigenverbrauchs zu senken, werden wir private Solar-Anlagen und Solarthermie auf Ein- oder Mehrfamilienhäusern sowie auf Gewerbebetrieben fördern. Die Dachflächenpotenziale der gesamten StädteRegion wollen wir in einem „Marktplatz für Energie“ (Vorschlag aus dem Klimaschutzkonzept) zusammenführen, bei dem Investoren und Dachflächenbesitzer miteinander ins Geschäft kommen können. Die Aktivitäten der Energieberatung wollen wir weiter unterstützen und fördern.

Gemeindeübergreifende Planung neuer Windkraftanlagen anregen

Unser Ziel ist es, neue windgünstige Standorte für Windkraftanlagen auszuweisen. Die Planung der Vorranggebiete für Windkraftanlagen ist in den meisten städteregionalen Kommunen bereits abgeschlossen. Wir wollen, dass die StädteRegion die Initiative ergreift und durch Abgleich der Einzelpläne mögliche Windparkstandorte ausweist, die gegebenenfalls über eine gemeinsame Flächennutzungsplanung der benachbarten Kommunen erschlossen werden könnten.

Umweltfreundliche Speichertechniken fördern

Ein weiterer Schwerpunkt auf dem Weg zu 100 % erneuerbaren Energien ist die Speicherung von Solar- und Windenergie. Hier fordern wir, dass die Forschung nach neuen, umweltfreundlichen Speichertechniken durch die regionalen Hochschulen und Forschungsinstitute vorangetrieben wird und Pilotprojekte initiiert

werden. Wir möchten erreichen, dass sich „unser“ Energieversorgungsunternehmen „enwor“ aktiv an der Erforschung und Erprobung dieser Technologien beteiligt.

Nutzung von Biomasse ausbauen

Wir wollen die Biomassepotenziale aus kommunalem Abfall, insbesondere Grünschnitt aus Straßenbegleitgrün, erfassen und über eine Behandlung in Biogasanlagen energetisch nutzen. Bei der Vergärung von Grünabfällen werden Reststoffe genutzt, die sonst nur kompostiert oder verbrannt werden könnten. Dem Anbau von Energiepflanzen (z.B. Mais) stehen wir kritisch gegenüber aufgrund der Konkurrenz zwischen Teller, Trog und Tank mit all seinen globalen Auswirkungen auf Lebensmittelpreise, Versorgungssicherheit und den Regenwald. Weiträumige Transporte von Biomasse, etwa aus der Massentierhaltung im In- und Ausland, lehnen wir ab.

Klärschlamm vergären und zur Energieerzeugung nutzen

In unserer Region fallen jährlich rund 80.000 Tonnen Klärschlamm an. Diese werden bisher im Kraftwerk mit verbrannt, das stellt für uns keine energetische Nutzung dar. Wir wollen, dass Klärschlammvergärungsanlagen aus dem Klärschlamm Biogas erzeugen, das in Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen zur flexiblen Produktion von Strom und Wärme genutzt werden kann. Die gegenwärtigen Lieferverträge laufen in absehbarer Zeit aus. Das eröffnet die Chance, in Kooperation mit einem unserer regionalen Energieerzeuger Klärschlämme energetisch zu nutzen.

Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen weiter fördern

In einem sinnvollen, umweltfreundlichen Energiemix brauchen wir mehr Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen (KWK), deswegen haben wir das städterregionale Förderprogramm auch auf KWK-Anlagen ausgedehnt. Diese finanziellen Anreize wollen wir erhalten. Durch die gleichzeitige Nutzung von Strom und Wärme werden hier Wirkungsgrade von 90% und mehr erreicht. Die StädteRegion geht bei ihren eigenen Gebäuden mit gutem Beispiel voran: Über 40.000 € Stromkosten wurden im abgelaufenen Jahr gespart, da der selbst erzeugte KWK-Strom zum großen Teil selbst verbraucht wurde. Eine große Zahl von KWK-Anlagen, die zentral gesteuert werden, kann Schwankungen bei Wind und Sonne ausgleichen und so die alten Reservekraftwerke mit schlechten Wirkungsgraden ersetzen.

Effizient heizen durch gute Wärmedämmung

Ein großer Teil unseres Energieverbrauchs entsteht durch die Erzeugung von Wärme (Heizung, Warmwasser). Vor allem ältere Gebäude haben oft einen schlechten Dämmstandard. Aber nachträgliche Wärmedämmung ist möglich. Wir regen an, dass alle Gebäude im Einflussbereich der StädteRegion energetisch saniert werden. Der Verein Altbau Plus, dem auch die StädteRegion angehört, unterstützt mit seiner Beratungsleistung private HausbesitzerInnen bei der Sanierung ihrer Gebäude. Diesen Verein wollen wir weiterhin unterstützen.

Fracking verhindern und Tihange abschalten!

Das in den USA verbreitete „Fracking“ ist für uns keine akzeptable Möglichkeit der Energiegewinnung. Bei dieser Methode werden fossile Energieträger (Öl und Gas) aus tief liegenden Gesteinsschichten mit Hilfe von Chemikalien herausgepresst. Wegen der ungeklärten Auswirkungen des Verfahrens lehnen wir das Fracking in unserer StädteRegion ab.

Nur 70 Kilometer von Aachen entfernt steht das belgische Atomkraftwerk Tihange – störanfällig, überaltert und gefährlich. Deswegen setzen wir uns für eine sofortige Stilllegung dieses Atomkraftwerks ein. Bis dahin ist es wichtig, die Bevölkerung durch vielfältige Aktionen für die Gefahren zu sensibilisieren.

Grenzübergreifender Umwelt- und Naturschutz

Wir wollen den nachkommenden Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen bewahren. Deshalb muss die Politik in der StädteRegion Aachen darauf ausgerichtet sein, den Naturschutz über Grenzen hinweg voran zu treiben. Denn sowohl die Natur als auch die Gefahren durch Umweltverschmutzung machen nicht an Grenzen halt. Es ist wichtig, die Landschaftsentwicklung grenzüberschreitend zu betreiben und abzustimmen. In den letzten Jahren haben wir mit der Einrichtung des Nationalparks Eifel und flächendeckender Landschaftsplanung schon einiges auf diesem Gebiet erreicht. Mit den folgenden Projekten wollen wir den aktiven Naturschutz weiter vorantreiben:

Landschaftspläne umsetzen und die biologische Station unterstützen

Das Gebiet des ehemaligen Kreises Aachen ist komplett mit Landschaftsplänen versehen. Im Sinne eines aktiven Natur- und Landschaftsschutzes sollen diese Pläne weiter umgesetzt werden. Mit der flächendeckenden Landschaftsplanung kann mehr Naturschutz verwirklicht werden, indem Flächen für den Naturschutz angekauft werden. Partner ist dabei – neben Naturschutzverbänden – die Biologische Station der StädteRegion, die sich um den Natur- und Artenschutz in der Region kümmert. Wir wollen, dass die StädteRegion weitere Schutzflächen ankauft und Projekte durch die biologische Station unterstützen

Natur- und Naherholungsgebiete erhalten

Wohnortnahe Grün- und Naherholungsflächen sind für ein attraktives, lebenswertes Wohnumfeld unerlässlich. Die Bachtäler im Nordwesten der StädteRegion (wie z.B. Amstelbach, Broichbach und Wurm) und die Horbacher Börde sind solche Flächen, die es zu schützen gilt. Die Horbacher Börde ist die einzige noch zusammenhängende Landschaftsfläche im Nordkreis. Doch dieses Gebiet wird durch immer wieder aufkommende Debatten über den Bau der neuen Bundesstraße 258 gefährdet. Um die Natur- und Naherholungsgebiete in unserer Region zu erhalten, wollen wir:

- dass in Naturschutzgebieten und im europäischen Netz aus zusammenhängenden Schutzgebieten die forstliche Nutzung, auch die im Privatwald, sich dem Naturschutz unterordnet. Naherholungsgebiete wie das Wurmtal sollen erhalten bleiben.
- die Naturlandschaft Horbacher Börde nachhaltig ausbauen durch die Ausweitung und Renaturierung des Naturschutzgebiets Amstelbach, die Ausweitung der Blühflächen und Heckenbepflanzung an den Wirtschaftswegen und des Netzlückenschlusses des Weißen Wegs an der Horbacher Straße.

Mehr Blühflächen ermöglichen

Intensiver Ackerbau und Grünlandwirtschaft sind erheblich mitverantwortlich für den Artenrückgang unserer Pflanzen- und Tierwelt. Die Bepflanzung öffentlicher Grünflächen mit einheimischen Wildstauden und Wildsträuchern leistet einen wichtigen Beitrag zur Nahrungsgrundlage für Insekten und Vögel und ist damit aktiver Naturschutz. Zudem ist die Pflege einer Wildstaudenwiese auf Dauer preiswerter als regelmäßiges Rasenmähen oder Wechselbepflanzung mit Saisonblumen. Die StädteRegion soll mit gutem Beispiel vorangehen und eigene städtereionale Grünflächen, z.B. an Berufskollegs, Kindergärten, Förderschulen, Kreisstraßen usw. naturnah umgestalten. Das gilt auch für die Betriebsgelände unserer Beteiligungsgesellschaften. Auch in unseren Kommunen möchten wir für die Blühflächen und Wildstauden mit ihren vielen Vorteilen werben.

Dachbegrünung auf Gebäuden vorantreiben

Trotz der Einsicht, dass eine ökologisch verträgliche Flächennutzung notwendig ist, werden immer noch bestehende Freiflächen in großem Maße durch Gebäude versiegelt. Durch begrünte Dächer können bebauete Grünflächen zumindest ansatzweise ersetzt werden. Damit lassen sich nicht nur Ersatzlebensräume für Flora und Fauna schaffen, auch die Anwohner profitieren von den wohltuenden Wirkungen der Gründächer und der Fassadenbegrünung. Im Winter wirkt die Dachbegrünung wie eine Wärmedämmung und sorgt in Kombination mit geeigneten Baustoffen im Aufbau des Gründachs für geringere Wärmeverluste während der Heizperiode. Wir werben für mehr Gründächer und wollen diese auf geeigneten städteregionalen Gebäuden umsetzen.

Mehr „Wunderkisten“ aufstellen

„Verschenken statt wegwerfen“ lautet das Motto, unter dem die AWA-GmbH in Eschweiler am Talbahnhof eine sogenannte „Wunderkiste“ aufgestellt hat. Es handelt sich um ein grünes Holzhäuschen, in dem Gegenstände abgelegt werden können, die man nicht mehr braucht, die aber zu schade zum Wegwerfen sind. Jeder kann sich hier bedienen und geben und/oder nehmen. Um noch mehr Abfall zu vermeiden, möchten wir anregen, dass die AWA mehr Wunderkisten in der StädteRegion aufstellt und eine ehrenamtliche Betreuung sicherstellt. Auch das Prinzip „Nutzen statt Besitzen“ hilft Ressourcen zu sparen und Müll zu vermeiden.

Grenzüberschreitenden Nationalpark Eifel-Ardennen anregen

Wir möchten, dass der Nationalpark Eifel über die Grenze hinaus nach Belgien erweitert wird. Denn auch in der belgischen Eifel und in den Ardennen gibt es hochwertige, nationalparkwürdige Waldgebiete. Die StädteRegion hat sich die Zusammenarbeit mit den belgischen und niederländischen Nachbarn auf die Fahnen geschrieben. Wir haben mit der Vennbahn eine gute grenzüberschreitende Zusammenarbeit begonnen. Dies soll jetzt mit einem grenzüberschreitenden Ausbau des Nationalparks Eifel fortgeführt werden. Der "Internationalpark Eifel-Ardennen" ist eine spannende Herausforderung für Naturschutz und Tourismus.

Die Bildungsregion

Bildung ist Teilhabe und ein Grundbaustein unserer Zukunft. Der Lebensraum Schule muss sich vielfältigen Herausforderungen stellen. Das Thema schulische Inklusion hat auf Grund der UN-Behindertenrechtskonvention an Bedeutung gewonnen, und auch die kulturelle Vielfalt aufgrund der Zuwanderungsgeschichte hat die schulische Wirklichkeit verändert. Wir wollen Chancengerechtigkeit für Kinder und Jugendliche schaffen, Kindergärten und Schulen als Lebensraum ausbauen, die Inklusion behutsam weiter entwickeln und die Interkulturalität gestalten. Für eine koordinierte Zusammenarbeit aller Institutionen im Bereich Bildung haben wir das Bildungsbüro eingerichtet.

Chancengerechtigkeit für Kinder und Jugendliche schaffen

Bildungs- und Teilhabechancen sind sehr stark vom sozialen Status abhängig. Wir setzen uns dafür ein, dass Kindern in armen oder armutsgefährdeten Familien vom Anbeginn ihres Lebens Chancengleichheit gewährt wird. Es gibt bereits das Angebot von Frühen Hilfen in der StädteRegion. Dieses Angebot möchten wir zu einer Präventionskette gegen Kinder- und Jugendarmut weiter entwickeln, indem wir die Zusammenarbeit mit anderen Jugendämtern und dem Gesundheitsamt noch stärker vernetzen und koordinieren.

Kindergarten ausbauen

Die StädteRegion ist in den Kommunen Baesweiler, Monschau, Roetgen und Simmerath für die Kindertagesstätten zuständig. Mit insgesamt 44 Kindertagesstätten, davon 29 in Trägerschaft der StädteRegion werden die gesetzlichen Ansprüche erfüllt. Die Nachfrage nach KITA-Plätzen – vor allem für Kinder unter drei Jahren – nimmt stetig zu. Wir wollen das Angebot daher bedarfsgerecht weiter ausbauen. In den ländlichen Kommunen der Nordeifel nimmt die Zahl der Kinder ab. Durch den planerischen und wirtschaftlichen Verbund mehrerer KITAs können Angebote am Wohnort erhalten bleiben. Wir unterstützen diese Verbundlösungen.

Schule als Lebensraum verwirklichen

Kinder und Jugendliche verbringen heute mehr als die Hälfte ihrer Zeit in der Schule. Dies stellt für uns zugleich Herausforderung und Chance dar. Um die Herausforderung zu bewältigen, müssen Sozial-, Integrations-, Kultur- und Sportpolitik eng mit der Schulpolitik verzahnt werden, um Konkurrenzen und Doppelstrukturen zu vermeiden und so neue Ressourcen zu schaffen. Die zunehmende Präsenz von Kindern und Jugendlichen in der Schule bietet die Chance, Bildungsdefizite und Benachteiligungen auf Grund des sozialen Status auszugleichen. Um das zu erreichen, wollen wir:

- dass Schulen mit einem hohen Anteil Benachteiligter bevorzugt bedacht werden bei der Zuteilung von Maßnahmen, z. B. bei der Bewilligung der „Bildungszugabe“ oder der Zuteilung von Schulsozialarbeit.
- den Druck auf die Bundesregierung erhöhen, auch in Zukunft die finanzielle Leistung aus dem Bildungs- und Teilhabepaket zu sichern, wie z.B. die Schulsozialarbeit und bezahlbares, gesundes Essen.
- beim Übergangsmanagement Schule-Beruf Schulen in sozialen Brennpunkten besondere Förderung im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten zukommen lassen.

Inklusion an Schulen behutsam weiter entwickeln

Gemeinsamer Unterricht von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderung hat in der StädteRegion eine lange Tradition und wir sind stolz auf die hohe Rate inklusiver Beschulung. Wir betrachten die Inklusion als einen Prozess, der behutsam weiter entwickelt werden muss, im Sinne und unter Beteiligung aller, der Eltern, der SchülerInnen und der LehrerInnen. Um das zu erreichen, wollen wir:

- den Inklusionsprozess an Schulen gemeinsam mit allen Betroffenen gestalten und begleiten.
- dass auch an den Berufskollegs in Kooperation mit Unternehmen inklusive Ansätze entwickelt und umgesetzt werden.
- SonderpädagogInnen an Hochschulen und Seminaren offensiv anwerben, um der Unterversorgung in der StädteRegion entgegenzuwirken.
- uns beim Land und der Bezirksregierung dafür stark machen, dass wieder ein Ausbildungsseminar für SonderpädagogInnen in der StädteRegion eingerichtet wird.

Kulturelle Vielfalt an Schulen gestalten

Schulen aller Schulformen sind heute kulturell vielfältig, doch in der Schulrealität fehlt häufig noch die notwendige interkulturelle Aufklärung und Sensibilität. Ein immer wichtiger werdender Bereich ist die Beschulung und Integration von Kindern und Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichten. Vor allem die Zahl unbegleiteter, minderjähriger Flüchtlinge steigt ständig, und angesichts der weltweiten Krisenherde ist hier auch kein Rückgang zu erwarten. Es gibt ein großes Defizit an Schulplätzen, so dass diese zum Teil schwer traumatisierten, jungen Menschen buchstäblich auf der Straße stehen. Um die kulturelle Vielfalt in Schulen zu gestalten, wollen wir:

- dass an möglichst allen unserer Berufskollegs internationale Förderklassen eingerichtet werden, in denen minderjährige Flüchtlinge konzentriert unterrichtet werden.
- dass ein tragfähiges Konzept über unser kommunales Integrationszentrum entwickelt wird, das die konzentrierte Förderung und Alphabetisierung der Kinder sicherstellt.
- die interkulturelle Kompetenz an Schulen fördern und Fortbildungsangebote für LehrerInnen schaffen (QuisS – Qualität in sprachheterogenen Schulen).

Bildungsbüro unterstützen

Um allen Menschen in unserer Region zu ermöglichen, ihre Bildungschancen und Berufsmöglichkeiten auszuschöpfen, ist eine koordinierte und enge Zusammenarbeit aller Bildungspartner, Kitas, Schulen, Hochschulen, Weiterbildungsträgern, Kammern und Wirtschaft von großer Bedeutung. Um diese Ziele zu erreichen wurde das Bildungsbüro gegründet, welches die Bildungsarbeit auf allen Ebenen koordiniert und weiter entwickelt. Als gemeinsame Behörde von Stadt Aachen und StädteRegion ist es Garant für eine gemeinsame Bildungspolitik. Es bietet den Akteuren der Bildungsregion Beratung, Informationen sowie inhaltliche und organisatorische Dienstleistungen. Wir unterstützen die Arbeit des Bildungsbüros und wollen:

- das Bildungsbüro als Vernetzungsstelle gemeinsamer städteregionaler Bildungsangebote weiterhin unterstützen. Das Bildungsbüro soll bei der Schulentwicklung koordinierend tätig sein.
- eine politische Beteiligung im Lenkungskreis des Bildungsbüros, um ein konzertiertes Vorgehen von Politik und Verwaltung zu gewährleisten.

Die Soziale Region

Wir GRÜNE legen Wert darauf, dass sich die StädteRegion besonders für die Menschen einsetzt, die – in welcher Form auch immer – benachteiligt sind und deshalb von den zentralen Lebensbereichen wie Bildung, Arbeit und politische Teilhabe ausgeschlossen sind. Dazu arbeiten wir gemeinsam mit vielen Menschen an einer ständigen Verbesserung der Lebensbedingungen und an der Integration und Inklusion der Betroffenen. Die bisher begonnene gute Zusammenarbeit werden wir fortsetzen. Die Liste der benachteiligten und ausgegrenzten gesellschaftlichen Gruppen ist lang, entsprechend vielfältig sind die sozialen Aufgaben der StädteRegion. Unser Ziel ist es, Menschen näher zusammen zu bringen und damit die noch bestehenden Ausgrenzungen zu überwinden. Wir wollen eine Gesellschaft schaffen, in der allen Menschen Teilhabe ermöglicht wird. Wir wollen Inklusion umsetzen, Zuwanderung gestalten und den demographischen Wandel bewältigen.

Inklusion als Teilhabe umsetzen

Inklusion ist die Teilhabe von allen Menschen mit und ohne Behinderungen am gesellschaftlichen Leben. Wir GRÜNE verstehen Inklusion als eine Querschnittsaufgabe, die alle Bereiche des Lebens in unserer Region betrifft. Wir wollen es ermöglichen, dass alle Menschen gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können, indem wir uns dafür einsetzen, dass Inklusion in allen gesellschaftlichen Bereichen mit bedacht wird. Inklusion ist für uns nicht nur ein Wort, sondern ein Handlungsauftrag. Wir wollen die Maßnahmen des beschlossenen Inklusionsplans konsequent umsetzen und den Inklusionsbeirat mit notwendigen Kompetenzen ausstatten.

Inklusion in Kindergärten weiter umsetzen

Inklusion beginnt bereits im Kindergarten. Im Elementarbereich als erste Stufe unseres Bildungssystems ist mit den integrativen Gruppen die Integration von Kindern mit Behinderung am weitesten fortgeschritten. Wir haben das Ziel, neben der Fortführung dieses Angebotes auch die sogenannten Regelkindertagesstätten für Kinder mit Behinderung zu öffnen. Mit Förder- und Unterstützungsmaßnahmen für das Kind, Beratung der Eltern und ergänzender Qualifikation der ErzieherInnen sollen dafür Voraussetzungen geschaffen werden.

Beschäftigungsperspektiven schaffen

Zwar finden Menschen mit Behinderung meist Arbeit in geschützten Werkstätten. Um einen inklusiven Arbeitsmarkt zu verwirklichen, bedarf es jedoch weiterer Schritte. Durch gezielte Qualifikation und Kooperationen mit der örtlichen Wirtschaft müssen auch mehr Zugänge zum allgemeinen Arbeitsmarkt eröffnet werden. Deshalb wollen wir Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung auch außerhalb von Werkstätten schaffen, indem wir das Thema in der Arbeitswelt in Kooperation mit SelbstvertreterInnen, Kammern, Gewerkschaften, Wirtschaftsverbänden, Wohlfahrtsverbänden und dem Inklusionsamt bearbeiten.

Zuwanderung gestalten

Die StädteRegion Aachen ist eine weltoffene Region. Mehr als ein Viertel der EinwohnerInnen haben eine Zuwanderungsgeschichte. Die gelingende Integration von MigrantInnen in das gesellschaftliche Leben hängt nicht nur von erfolgreichen Maßnahmen zur Sprach- und Integrationsförderung auf Seiten der MigrantInnen ab, sondern auch von der Bereitschaft der Bevölkerung zur Aufnahme, Anerkennung und Unterstützung von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Sprache und Kultur. Wir stehen für ein gleichberechtigtes, friedliches Miteinander in der Aachener Region und wollen dazu die folgenden Projekte verwirklichen:

Kulturelle Vielfalt in die Öffentlichkeit tragen

Kulturelle Vielfalt ist eine Bereicherung für die Gesellschaft und wir können viel lernen von einem interkulturellen Austausch. Das kommunale Integrationszentrum wurde neu gegründet, um das kulturelle Zusammenleben zu fördern und Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund zu ermöglichen. Wir wollen das Miteinander der Kulturen in der StädteRegion fördern und in die Öffentlichkeit tragen, indem wir:

- gemeinsame Veranstaltungen mit dem Kommunalen Integrationszentrum im interkulturellen Bildungsbereich initiieren und durchführen.
- zu Veranstaltungen zum Dialog der Kulturen anregen.

Einbürgerung möglich machen

Wir GRÜNE wollen, dass möglichst viele ZuwanderInnen die deutsche Staatsbürgerschaft annehmen. Die von der Großen Koalition in Berlin vorgeschlagene Abschaffung der Optionspflicht für in Deutschland geborene Kinder von Ausländern ist aus unserer Sicht nur ein erster Schritt auf dem Weg zur doppelten Staatsbürgerschaft für alle EinwanderInnen. Wir GRÜNE fordern weiterhin die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft. Nach wie vor stellt die Einbürgerung für MigrantInnen eine bürokratische Herausforderung dar, weshalb viele davor zurück schrecken. Wir wollen unseren ausländischen MitbürgerInnen Hilfe und Informationen anbieten und ihnen die Vorteile einer Einbürgerung erläutern. Um mehr MigrantInnen dazu zu bewegen, die deutsche Staatsbürgerschaft zu beantragen, wollen wir eine Einbürgerungskampagne durchführen.

Rechtsextremismus entgegentreten

Wir GRÜNE stehen für eine weltoffene Gesellschaft in der StädteRegion, die die Vielfalt der Kulturen achtet. Wir wenden uns mit aller Entschiedenheit gegen Rechtsextremismus, Radikalismus, Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit gegenüber Menschen anderer ethnischer Herkunft, Religion, Weltanschauung, sexueller Orientierung oder Behinderung. Wir wollen, dass alle demokratischen Kräfte gemeinsam für unsere Demokratie eintreten und rechtsextreme und radikale Gewalt jeder Art verurteilen und bekämpfen. Um rechtsextremen Einstellungen entgegen zu treten, wollen wir:

- weiterhin mit den entsprechenden Organisationen in den Kommunen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit kämpfen.
- dass die StädteRegion weiterhin eindeutig Position gegen Rechtsextremismus bezieht und mit allen politischen und rechtlichen Mitteln gegen Naziaufmärsche und andere Manifestationen rechtsradikalen Gedankenguts vorgeht.
- Fachtagungen und andere Veranstaltungen unterstützen, die einen Austausch über Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit in der StädteRegion bzw. in der Euregio Aachen ermöglichen und die die Bevölkerung über dieses Thema informieren.

Dem demographischen Wandel Rechnung tragen

Der Anteil älterer Menschen in der StädteRegion steigt stetig. Wir müssen uns an die demographischen Veränderungen einer alternden Gesellschaft anpassen und versuchen, nachteiligen Entwicklungen soweit wie möglich entgegen zu wirken, indem wir älteren Menschen vielfältige Hilfestellungen bieten.

Pflege weiter entwickeln

Der Anteil der pflegebedürftigen Menschen in der Region steigt stetig. Gleichzeitig gibt es einen Mangel an qualifizierten Pflegefachkräften. Bereits in der vergangenen Wahlperiode haben wir auf den ansteigenden Pflegebedarf reagiert und uns für eine Attraktivitätssteigerung der Pflegeausbildung und für den Ausbau der Ausbildungskapazitäten für AltenpflegerInnen eingesetzt, die sich dadurch seit 2009 verdoppelt hat. Dem Mangel an Pflegefachkräften wollen wir weiter entgegenwirken. Die Ausbildung von Pflegekräften muss sich am regionalen Bedarf orientieren und qualitativ hochwertig sein.

Wir begrüßen den Masterplan 2018 für das Medizinische Zentrum in Würselen, in dem auch der Umzug des Amts für Altenarbeit inklusive des Altenpflegeseminars und der Krankenpflegeschule in einen Neubau nach Würselen Bardenberg vorgesehen ist. An diesem Standort wird die Fortentwicklung des Seminars auf Dauer gesichert. Möglich ist dort dann auch eine integrative Ausbildung.

Wir wollen möglichst stationäre Pflegeheimaufenthalte vermeiden und werden uns dafür einsetzen, dass ältere Menschen so lange wie möglich in ihrer vertrauten Umgebung wohnhaft bleiben können. Hierfür sind ambulante Hilfsangebote, Beratung und Hilfen für pflegende Angehörige und Pflegegemeinschaften in den Wohnquartieren wichtig.

Zusammenfassend wollen wir die Kranken- und Altenpflege weiter entwickeln durch die:

- Verlegung der Pflegeausbildung nach Bardenberg zum Medizinischen Zentrum.
- Einführung einer bedarfsgerechten Ausbildung in Zusammenarbeit von regionalen Pflegedienstleistern und Krankenhäusern.
- Bewerbung und finanzielle Förderung der Ausbildung seitens des Jobcenters und der Arbeitsagentur.
- Schaffung einer wohnortnahen Pflegeinfrastruktur für eine altersgerechte Quartiersentwicklung. Die StädteRegion soll beratend tätig sein und ihr Know-How im Bereich Versorgung, Pflege, Gesundheitsdienstleistungen zur Verfügung stellen.

In der Altenpflege kulturell sensibilisieren

Viele ZuwanderInnen der ersten und zweiten Generation sind heute pflegebedürftig. In der Pflege fehlt es an Wissen über deren kulturellen Hintergrund und ihre spezifischen Bedürfnisse. Interkulturelle Kompetenzen beim Pflegepersonal gilt es deshalb zu fördern. Um die Altenpflege für die kulturspezifischen Anliegen der Pflegebedürftigen zu sensibilisieren, wollen wir:

- eine Fachtagung über die Ansätze der kultursensiblen Altenhilfe und -pflege in der sozialen Gesundheitsversorgung (Pflegeheime, stationäre und ambulante Einrichtungen) durchführen.
- eine interkulturelle Fortbildung des Pflegepersonals und kultursensible Betreuung in Pflegeheimen einführen.
- mehrsprachige Informationen in Pflegeeinrichtungen anbieten.

Beratungsangebote für SeniorInnen schaffen

Der Anteil der Älteren mit sehr geringem Einkommen wird in Zukunft deutlich steigen. Viele Ältere brauchen Beratung und Unterstützung bei den nötigen Antragsstellungen für soziale Leistungen. Wir wollen zusätzliche Beratungsangebote vor Ort einführen, die für die Menschen leicht erreichbar sind.

Neue Wohnformen fördern

Durch die demographische Entwicklung und den Wandel der gesellschaftlichen Strukturen verändern sich auch die Ansprüche an altersgerechte Wohnkonzepte. Bei älteren Menschen besteht oft der Wunsch, möglichst lange selbstbestimmt und im vorhandenen Wohnumfeld zu bleiben. Auch für einen erfolgreichen Inklusionsprozess ist das Wohnen im "Ort" ein wichtiger Bestandteil. Wir wollen Wohnkonzepte fördern, die eine wohnortnahe Versorgung, einen lebendigen Ort mit nachbarschaftlichen Kontakten und funktionierenden lokalen Hilfesystemen sicherstellen. Diese Wohnkonzepte sollen darüber hinaus modernsten Ansprüchen an Energieeffizienz und Nachhaltigkeit genügen. Wir GRÜNE wollen:

- dass die StädteRegion aktiv die Kommunen unterstützt, die neue soziale Wohnformen planen, durch die planerische Beratung bei der Bereitstellung von Bauflächen ("Baufenster") für integrative Wohnprojekte und Genossenschaften, aber auch durch die Entwicklung von städteregionalen Brachen sowie industriellen und militärischen Konversionsflächen für soziales, barrierearmes Wohnen.
- dass unsere „Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft“ (GWG) solche Wohnprojekte, die ein barrierefreies und nachhaltiges Zusammenleben mehrerer Generationen ermöglichen, in eigener Verantwortung umsetzt.